

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Queen in Afrika

(spk) Mit einem Besuch in Kenia hat die britische Königin Elizabeth II. am Dienstag eine Rundreise durch mehrere afrikanische Länder begonnen. Zu den Stationen dieser Reise gehören auch die Commonwealth-Staaten Namibia, das jüngste Commonwealth-Mitglied, und Simbabwe. In Simbabwe wird die Königin in der kommenden Woche am Commonwealth-Gipfel teilnehmen.

Mitsotakis in der Türkei

Der griechische Ministerpräsident Konstantin Mitsotakis ist am Dienstag in Begleitung von Parlamentspräsident Atanaside Tsaldaris und Aussenminister Andonis Samaras in Istanbul eingetroffen, um an der Beisetzung des in Istanbul gestorbenen Patriarchen von Konstantinopel, Demetrios, teilzunehmen. Demetrios war das geistliche Oberhaupt der rund 300 Millionen griechisch-orthodoxen Gläubigen in der Welt.

Schüsse auf Trauergemeinde

Bei einem neuen Ausbruch von Gewalt unter Schwarzen in Südafrika sind am Montagabend nach der Beerdigung des Bürgerrechtlers Sam Ntuli 18 Menschen aus vorbeifahrenden Minibussen erschossen worden. Wie die Polizei am Dienstag mitteilte, wurden bei dem Zwischenfall in der Schwarzensiedlung Thokoza im Süden von Johannesburg ausserdem 24 Personen verletzt. Ntuli war am Sonntag ermordet worden.

Hannes Androsch verurteilt

Wien (spk/dpa) Ein Gericht in Wien hat am Dienstag den früheren österreichischen Vizekanzler und Finanzminister Hannes Androsch der Steuerhinterziehung schuldig befunden. Der ehemals prominente sozialdemokratische Politiker wurde zu einer Geldstrafe in der Höhe von 1,8 Millionen Schilling (ca 210 000 Franken) oder zu einer Ersatzfreiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt.

Androsch war beschuldigt worden, von 1973 bis 1983 seine Steuererklärungen nicht vollständig ausgefüllt und Scheingeschäfte, Schwarzgeldtransaktionen sowie verdeckte Gewinnausschüttungen mittels anonymen Konten bei der Finanzierung einer Villa sowie durch Transaktionen mit Anteilen seiner Steuerberatungskanzlei vorgenommen zu haben. Die Staatsanwaltschaft bezifferte die Höhe der hinterzogenen Steuerabgaben mit 6,3 Millionen Schilling (rund 750 000 Franken).

Das revidierte Baugesetz auf einem kritischen Prüfstand

Der Landtag befasste sich eingehend mit den neuen Vorschlägen zur Baugesetzrevision – Raumplanung wird in einem anderen Gesetz geregelt

(G.M.) – «Das Ziel der Regierung war es offensichtlich nicht, ein neues Baugesetz zu schaffen, sondern das bisherige Gesetz zu überarbeiten und zu verbessern.» Mit diesem Satz kennzeichnete der FDP-Abgeordnete Josef Büchel das Bestreben der Regierung, dem Landtag eine Revision des umstrittenen Baugesetzes vorzulegen. Doch auch mit diesem Revisionsantrag betrat die Regierung, wie sich in der Eintretensdebatte und vor allem während der ersten Lesung zeigte, ein glattes Parkett. Verschiedene Abgeordnete beider Fraktionen äusserten sich teilweise sehr kritisch, so dass die Regierung wohl am besten daran tut, bis zur Detailberatung zusätzliche Informationen zu liefern.

Bis zur Vorlage des Revisionsentwurfs führte die Regierung bei den interessierten Kreisen zwei Vernehmlassungen durch. Ergebnis dieser Vernehmlassungen war gemäss Regierungsbericht, dass die Raumplanung vorerst aus dem Baugesetz herausgenommen und in einem separaten Gesetz geregelt werden soll. In der Zwischenzeit liegt der Regierung auch eine Motion der FDP-Fraktion mit dem Auftrag vor, ein Raumplanungsgesetz zu schaffen.

Kritische Anmerkungen

Dass ein Baugesetz eine heikle Thematik in einem Land darstellt, in dem jeder Bürger in derartigen Sachen auf sein Recht und insbesondere auch auf sein Recht auf Ausnahmebehandlung pocht, zeigte sich im Verlaufe der Eintretensde-



Das revidierte Baugesetz gab im Landtag den Anlass zu einer ausgedehnten Diskussion. Zur Sprache kamen insbesondere die vielen Ausnahmebewilligungen, die mit dem geltenden Gesetz offenbar notwendig wurden.

batte mit aller Deutlichkeit. Im Hintergrund verschiedener Bemerkungen stand unausgesprochen die in den letzten Jahren mit Entscheidungen der Regierung geförderte Anspruchsinflation. Hier nun einen Riegel zu schieben mit neuen Bestimmungen dürfte relativ schwierig sein, auch wenn die Möglichkeit zu Ausnahmeregelungen nach wie vor besteht. Regierungschef Hans Brunhart meinte etwa auf den Hinweis, dass das revidierte Gesetz zu viele Kann-Bestimmungen aufweise, dass man um derartige Bestim-

Umstrittene Ausnahmebewilligungen

mungen nicht herumkomme, weil einerseits die Kreativität der Planer nicht zu stark eingeschränkt werden dürften. Auf der anderen Seite aber könnten aus praktischen Gründen nicht alle möglichen Regelungen in ein Gesetz aufgenommen werden.

Die Bemerkung, wonach in der Vergangenheit zu viele Ausnahmebewilligungen durch die Regierung erteilt worden seien, konterte der Regierungschef mit

Ringens um die Schulstruktur geht weiter

Verschiedene Themen am Pressegespräch mit der Regierung – Wirtschaft geht aufwärts

(G.M.) – Die Auffassungen über die künftige Schulstruktur, die in einem neuen Schulgesetz festgelegt werden soll, sind immer noch unterschiedlich. Das ist der Grund, erklärte Regierungschef Hans Brunhart am Pressegespräch vom Dienstag, weshalb die Regierung dem Landtag die Vorlage noch nicht unterbreiten konnte. Ziel der Regierung sei es, sagte Brunhart weiter, ein «konsensfähiges Modell» vorzulegen.

Neben der Schulstruktur wurden Probleme mit Asylsuchenden, die geplante Kunstschule, die Initiative von Fürst Hans-Adam II. über das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie die gegenwärtige wirtschaftliche Situation diskutiert. Im Hinblick auf die Gefahr, dass aus dem Osten Europas grosse Bevölkerungsbewegungen die Staaten des Westens überschwemmen könnten, erklärte Regierungschef Hans Brunhart, dass die Regierung bei ihrer strengen Asylpraxis bleibe, die sich im Rahmen internationaler Abkommen halte, da Liechtenstein keine eigene Asylgesetzgebung kenne. In jüngster Vergangenheit sind nach seinen Angaben wenige Asylsuchende gestellt worden, was nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass Liechtenstein nicht an einen Nachbarstaat grenzt, der Anlass

zu Asylbewegungen gibt. Liechtenstein ist immer Zweitstaat – deshalb können illegale Einwanderer jeweils in das Erstland zurückgeschafft werden. Die Regierung beabsichtigt nicht, erklärte der Regierungschef, diese Politik vorerst zu ändern.

Unterschiedliche Auffassungen zwischen Fürst und Regierung, aber auch wie Regierungschef Brunhart betonte – zwischen Gymnasium und Schulamt, verhinderten die Vorlage des neuen Schulgesetzes. Nach seinen Angaben, die nicht sehr konkret waren, betreffen die Unterschiede in erster Linie die Ausgestaltung des Modells für das Gymnasium. Während der Regierungsentwurf, der sich in der Vernehmlassung befindet, von einem gebrochenen Bildungsgang ausgeht, herrschen an-

demorts offenbar Vorstellungen über eine verstärkte Begabtenförderung vor.

Die Initiative des Fürsten vor der UNO zum Selbstbestimmungsrecht der Völker wird auch die Regierung beschäftigen, meinte Brunhart auf eine diesbezügliche Frage. Vorerst soll die Thematik jedoch wissenschaftlich aufgearbeitet werden, bevor politische Akzente gesetzt werden könnten.

Die wirtschaftliche Situation unseres Landes bezeichnete Regierungsrat René Ritter derzeit als gut, obwohl die Zahl der Arbeitslosen zunehme und eine Reihe kleinerer Betriebe (neben zwei grösseren Unternehmen) Auslastungsschwierigkeiten hätten. Die Tendenz sei jedoch ansteigend, es gehe mit der Wirtschaft wieder aufwärts, meinte er.

seiner Antwort, dass die Ausnahmebewilligungen samt und sonders über Antrag der Gemeinden bewilligt wurden. Er stellte in diesem Zusammenhang auch fest, dass es in Zukunft für die Regierung einfacher sei, eine Richtung für Ausnahmebewilligungen anzugeben, weil nach dem Vorschlag die Regierung nicht mehr Erstbehörde sei, sondern die Entscheidung vom Hochbauamt gefällt werde. Wer nicht zufrieden sei mit dieser Entscheidung, könne bei der Regierung Beschwerde einreichen. Der Regierungschef gab auch dem VU-Abgeordneten Günther Wohlwend recht, der seine Vorsteher-Kollegen rüffelte, sie hätten die Zeichen der Zeit im Zusammenhang mit dem Baugesetz nicht verstanden. Das Vernehmlassungsverfahren, so meinte er, sollte ernster genommen werden. Ausserdem sprach er sich für mehr Kompetenzen für die Gemeinden im Bereich der Baugesetzgebung aus: Die Regierung sei mit ihrem ursprünglichen Vorschlag, mehr Kompetenzen im Baurecht auf die Gemeinde zu verlagern, vom Land auf die Gemeinden, auf dem richtigen Weg gewesen.

Freiheit gegen Einschränkung

Etwas überschattet von der heftigen Auseinandersetzung über die einschränkenden Bestimmungen im Energiebereich wurde die erste Lesung, die aber auch bei den übrigen Bestimmungen der Regierung manchen Fingerzeig gab, dass auch andere Lösungen denkbar wären. Dennoch ist die Diskussion zwischen Landtagsvizepräsident Dr. Karlheinz Ritter (VU) und Regierungschef Hans Brunhart symptomatisch für die heutige Situation. Auf der einen Seite die Freiheit des einzelnen, auf der anderen Seite die Einschränkungen zugunsten der Allgemeinheit. Welche Richtung sich letztlich durchsetzen wird, erscheint zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausgemacht. Der Satz des Landtagspräsidenten, dass Zwangsvorschriften auf diesem Gebiet nur das Eingeständnis seien, dass man nicht mehr weiter wisse, dürfte zweifellos noch nachwirken.

Mehr über die Debatte zum Baugesetz auf Seite 5 der heutigen Ausgabe.

Eröffnung Buchmesse in Frankfurt

(AP) Die 43. Frankfurter Buchmesse, die Bundeswirtschaftsminister Jürgen Müllemann gestern Dienstag nachmittag eröffnete, präsentiert sich in diesem Jahr etwas bescheidener als sonst. Sowohl die Zahl der Buchtitel und der Neuerscheinungen als auch die der Aussteller ist im Vergleich zu 1990 zurückgegangen. Wegen der geringeren Ausstellungsfläche blieb zahlreichen Verlagen der Weg nach Frankfurt versperrt. Spanien ist das Schwerpunktthema der diesjährigen Bücherschau, die bis Montag kommender Woche zu sehen ist.

Das Fürstentum Liechtenstein, das über den Kulturbeirat im letzten Jahr mit einem eigenen Bücherstand an der Frankfurter Buchmesse vertreten war, tritt dieses Jahr etwas kürzer. Liechtensteinische Bücher, insbesondere Neuerscheinungen, sind nach Auskunft von Robert Allgauer, Präsident des Kulturbeirates, in einer besonderen Ecke des Schweizer Standes ausgestellt.

Jugoslawien: Vorläufiger Waffenstillstand in Kroatien

Beide Seiten verhandeln über endgültige Vereinbarung – Slowenien begann mit Verwirklichung der Unabhängigkeit

Zagreb (AP) Nach Auslaufen eines Ultimatum der Europäischen Gemeinschaft ist am Dienstag in Kroatien ein vorläufiger Waffenstillstand in Kraft getreten. Auf die Feuerpause einigten sich der kroatische Präsident Franjo Tudjman und der jugoslawische Verteidigungsminister Veljko Kadijevic nach einem Appell des niederländischen Aussenministers und EG-Ratspräsidenten Hans van den Broek, wie der stellvertretende Leiter der EG-Beobachtergruppe in Zagreb, General Johann Koster, mitteilte.

Obwohl es trotz dieser Vereinbarung auch am Dienstag morgen noch vereinzelt zu Gefechten kam, wurde die Waffenruhe offenbar weitgehend beachtet. Unterdessen verhandelt die Führung der kroatischen Nationalgarde und der Bundesarmee über das vom jugoslawischen Staatspräsidium am späten Montagabend Kroatien unterbreitete neue Waffenstillstandsangebot.

Am Dienstag traten auch die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens, die am 7. Juli für drei Monate ausgesetzt worden waren, endgültig in Kraft. Slowenien tat am Dienstag morgen bereits den ersten konkreten Schritt zu ihrer Verwirklichung und beschloss Massnahmen zur Einführung einer eigenen Währung.

Der Kommandeur der Nationalgarde, Imre Agotic, und der stellvertretende Kommandeur des 5. jugoslawischen Militärbezirks, General Andrija Raseta, trafen sich am Dienstag morgen für drei Stunden im Hauptquartier der EG-Beobachtergruppe in Zagreb, um über die Beendigung der Kampfhandlungen zu beraten. Am Mittag wurden die Beratungen unterbrochen, um am Nachmittag fortgesetzt zu werden, wie ein EG-Sprecher in Zagreb mitteilte. Er bezeichnete die Gespräche als «produktiv».



Nachdem am Montag noch der kroatische Präsidentenpalast bei einem Bombenangriff in Zagreb schwer beschädigt worden war (unser Bild), trat gestern ein vorläufiger Waffenstillstand in Kraft.

DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

**1-kg-Schale
Lavalle-Trauben
Fr. 2.95**

**Toni-Joghurt
Fr. -.70**

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.